Die Linke
Stadtverband Leipzig

Materialien

für die 2. Tagung
des 9. Stadtparteitages

Heft 1

- Ordnungen -
- Anträge -

am 6. September 2025
im Felsenkeller Leipzig
Karl-Heine-Straße 32

Inhaltsverzeichnis

2 Inhalt und Impressum

3 Tagesordnung und Zeitplan

4 Geschäftsordnung

7 Wahlordnung

10 Anträge

10 A1 - Unserem strategischen Auftrag gerecht werden - Einsatz für den Aufbau einer koordinierten und professionellen Öffentlichkeitsarbeit der Linken Leipzig

13 A2 - Die erste Ansprache zählt! – Postalisches Starterpaket zur stadtverbandsweiten Akquise von Neumitgliedern

14 A3 - Rechtsruck bekämpfen - Hoffnung organisieren

16 A4 - Antifaschistische Offensive stärken: Aktion »Widersetzen« unterstützen

18 A5 - Für einen gerechten Frieden in Palästina

19 A6 - Der Jugend nicht die Zukunft kürzen!

20 A7 - Keine Kriegs- und Zwangsdienste!

21 A8 - Die Stadt gehört uns allen - Kampagnenfähige Leipziger Linke im kommenden Jahr

24 A9 - Satzungsänderung Vertrauenspersonen

24 A10 - Barrierefreiheit ausbauen, Liebknecht-Haus und Hof weiterentwickeln

Materialienheft 1

zur 2. Tagung des 9. Stadtparteitages
von Die Linke Leipzig am 6. September 2025

Impressum

Herausgeberin: Die Linke Leipzig
Liebknecht-Haus
Braustraße 15
04107 Leipzig

Satz: Kay Kamieth
Redaktionsschluss: 12.08.2025

Vorläufige Tagesordnung und Zeitplan

1.	Eröffnung und Begrüßung	9:30 Uhr
2.	Konstituierung der 2. Tagung des 9. Stadtparteitages	9:35 Uhr
3.	Rede der Vorsitzenden	9:45 Uhr
4.	Grußworte	10:00 Uhr
5.	Debatte	10:15 Uhr
6.	Bericht der Mandatsprüfungskommission	11:15 Uhr
7.	Vorstellung und Wahl der Delegierten des Bundesparteitages	11:20 Uhr
8.	Vorstellung und Nachwahl eines Mitglieds des Stadtvorstands	11:50 Uhr
9.	Vorstellung und Wahl von Ersatzdelegierten (Liste zur Sicherung der Mindestquotierung) für den Landesparteitag	12:00 Uhr
	Pause	12:30 Uhr
10.	Diskussion und Abstimmung über satzungsrelevante Anträge	13:15 Uhr
11.	Präsentation Jahresabschluss 2024	13:25 Uhr
12.	Vorstellung, Diskussion und Beschluss Nachtragshaushalt 2025	13:35 Uhr
13.	Vorstellung, Diskussion und Beschluss Finanzplan 2026	13:45 Uhr
14.	weitere Anträge	14:00 Uhr
15.	ggf. Fortführung der Debatte	14:45 Uhr
16.	Schlusswort	16:00 Uhr

Geschäftsordnung

1. Der Stadtparteitag

Der Stadtparteitag ist die Gesamtmitgliederversammlung, die sich aus allen im Stadtverband Leipzig organisierten Parteimitgliedern der Partei Die Linke zusammensetzt.

2. Gültigkeit der Geschäftsordnung

Diese Geschäftsordnung gilt für alle Tagungen des 9. Stadtparteitages von Die Linke Leipzig. Bis eine neue Geschäftsordnung beschlossen wird, gilt sie auch für die folgenden Stadtparteitage.

3. Die Tagungsleitung

Der Stadtparteitag wählt zu Beginn des Parteitages für alle Tagungen in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit eine Tagungsleitung. Sie besteht aus mindestens sechs und maximal zehn stimmberechtigten Mitgliedern und ist quotiert zu wählen. Sie ist für die Einhaltung der Geschäftsordnung verantwortlich und bestimmt aus ihrer Mitte die VersammlungsleiterInnen. Mindestens zur Hälfte der Zeit wird der Parteitag von einer Genossin geleitet.

4. Hausrecht und Hygieneregeln

(1) Die Tagungsleitung übt während der Versammlung das Hausrecht aus.

(2) Im Verlauf der Versammlung sind - sofern diese notwendig sind - durch die Teilnehmenden die Hygieneregeln zum Schutz vor der Ausbreitung des Corona-Virus zu beachten. Teilnehmende, die sich nicht an die Hygieneregeln halten (bspw. Missachtung der Pflicht zum Tragen eines Mundschutzes) können nach einmaliger Ermahnung auf Vorschlag der Tagungsleitung mit einfacher Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten von der Tagung ausgeschlossen werden.

5. Kommissionen

Die Mandatsprüfungs-, Antrags- und Wahlkommission werden in offener Abstimmung mit einfacher Mehrheit gewählt.

6. Mandatsprüfungskommission

(1) Die Mandatsprüfungskommission entscheidet über die Gültigkeit von Mitgliedschaften. Die Mandatsprüfungskommission prüft die Anwesenheit und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

(2) Die Mandatsprüfungskommission berichtet über die Beschlussfähigkeit des Parteitages. Basis für die Feststellung der Anwesenheit sind die Anmeldelisten der Mandatsprüfungskommission.

(3) Der Stadtparteitag ist unabhängig der Zahl der Anwesenden beschlussfähig.

7. Die Wahlkommission

Die Wahlkommission besteht aus einer/einem Vorsitzenden, einer/einem StellvertreterIn sowie mindestens fünf weiteren Mitgliedern. Zur ordnungsgemäßen Wahldurchführung kann sie HelferInnen, die selbst nicht zur Wahl stehen, heranziehen. Mitglieder der Wahlkommission, die selbst kandidieren, scheiden aus der Wahlkommission aus. Wird in diesem Fall die Mindestzahl von sieben Mitgliedern der Wahlkommission unterschritten, ist umgehend durch den Stadtparteitag nachzuwählen.

8. Die Antragskommission

Die Antragskommission ist für die redaktionelle Überarbeitung von Anträgen zuständig und schlägt dem Stadtparteitag Verfahrensweisen zum Umgang mit Anträgen vor.

9. Tagesordnung und Zeitplan

Der Ablauf des Stadtparteitages wird nach der beschlossenen Tagesordnung und dem Zeitplan geregelt, die zu Beginn jeder Tagung beschlossen werden. Eine Veränderung der Tagesordnung und des Zeitplanes während der Tagung bedarf der Zustimmung von 2/3 der anwesenden Stimmberechtigten. Einen Antrag auf Abschluss der Debatte können nur Stimmberechtigte stellen, die zu diesem Tagesordnungspunkt noch nicht gesprochen haben. Vor dieser Abstimmung wird die RednerInnenliste bekannt gegeben.

10. Beschluss- und Rederecht

Beschluss- und Rederecht haben alle Mitglieder der Partei Die Linke, die im Stadtverband Leipzig organisiert sind. Teilnehmende Mitglieder der Gruppe/Fraktion Die Linke im Deutschen Bundestag, im Sächsischen Landtag, im Leipziger Stadtrat sowie Mitglieder des Bundes- und Landesvorstands haben Rederecht.

11. Redeliste und Redezeit

(1) Die Tagungsleitung erteilt das Wort in der Reihenfolge der schriftlich einzureichenden Wortmeldungen und unter Berücksichtigung der Quotierung. Sie kann auch Gästen das Wort erteilen.

(2) Die Redezeit für jeden Diskussionsbeitrag beträgt drei Minuten. Wird eine Verlängerung der Redezeit gewünscht, entscheidet darüber der Stadtparteitag mit einfacher Mehrheit. Innerhalb einer Debatte kann niemand mehr als zweimal das Wort erhalten.

(3) Die Redezeit für Vorstellungsreden von Kandidierenden beträgt zwei Minuten. Im Anschluss an die Vorstellung aller Kandidierenden für ein Amt können Nachfragen an alle oder einzelne Kandidierende gestellt werden oder einzelne Kandidierende unterstützt oder Einwände erhoben werden. Die Redezeit hierfür beträgt eine Minute, die Redezeit für Antworten beträgt ebenfalls eine Minute pro KandidatIn. Der Stadtparteitag kann mit einfacher Mehrheit abweichende Regelungen für die Vorstellung von Kandidierenden beschließen.

(4) Nach Reden, Berichten und Diskussionsbeiträgen können bis zu drei Nachfragen zu je einer Minute gestellt werden. Jede Nachfrage darf mit einer Redezeit von zwei Minuten beantwortet werden.

12. Dringlichkeits- und Initiativanträge

Dringlichkeits- oder Initiativanträge können unmittelbar zum Stadtparteitag eingebracht werden. Dringlichkeitsanträge sind Anträge, deren Gegenstand sich erst nach dem beschlossenen Antragsschluss des Stadtparteitages ergeben hat. Die Dringlichkeit ist zu begründen. Initiativanträge sind Anträge, die sich unmittelbar aus dem Verlauf des Stadtparteitages ergeben. Sie bedürfen der schriftlichen Unterstützung von 30 Stimmberechtigten. Zur Begründung des Antrages erhalten die AntragstellerInnen das Wort. Die Redezeit beträgt drei Minuten. Vor der Abstimmung über einen Antrag kann einE RednerIn dagegen und eineR dafürsprechen. Die Redezeit beträgt zwei Minuten. Über den Antrag entscheidet der Stadtparteitag mit einfacher Mehrheit. Stimmberechtigte können nach einer Abstimmung oder einer Wahl persönliche Erklärungen abgeben. Die Redezeit dafür beträgt eine Minute. Bei Anträgen auf eine begrenzte Debatte sind Inhalt und Zeitumfang vorzuschlagen.

13. Anträge zur Geschäftsordnung

Anträge zur Geschäftsordnung können durch Stimmberechtigte mündlich gestellt werden. Das Wort dazu wird außerhalb der Reihenfolge der DiskussionsrednerInnen erteilt. Vor der Abstimmung besteht die Möglichkeit zunächst einer Gegen- und anschließend einer Fürrede. Ein weiterer Geschäftsordnungsantrag ist erst nach Abschluss der Behandlung des ursprünglichen Geschäftsordnungsantrages zulässig.

14. Beschlüsse

Beschlüsse werden, sofern nichts anderes vorgeschrieben, mit einfacher Mehrheit der anwesenden Stimmberechtigten gefasst. Bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt. Die Abstimmung erfolgt durch das Heben der Abstimmungskarte.

15. Ergebnisprotokoll

Das Ergebnisprotokoll des Stadtparteitages ist den Mitgliedern des Stadtverbandes in geeigneter Weise zugänglich zu machen.

Wahlordnung

Grundsätze:

1. Diese Wahlordnung gilt für alle Tagungen des 9. Stadtparteitages von Die Linke Leipzig. Bis eine neue Wahlordnung beschlossen wird, gilt sie auch für die folgende(n) Stadtparteitage.

2. Es gelten ferner die Bestimmungen der Satzungen auf Bundes-, Landes- und Kreisebene sowie die Wahlordnung der Partei Die Linke („Bundeswahlordnung“). Diese Wahlordnung dient insbesondere der Festlegung der genauen Form des Wahlablaufs und der nach Bundeswahlordnung zulässigen Definition oder Änderung von Bestimmungen nach §2 Abs. 3 Bundeswahlordnung.

3. Der Stadtparteitag wählt:

    - den Stadtvorstand (in Einzelwahl den/die Vorsitzende(n) des Stadtverbandes oder zwei gleichberechtigte Vorsitzende, zwei gleichberechtigte stellvertretende Vorsitzende des Stadtverbandes, den/die SchatzmeisterIn des Stadtverbandes, zwei jugendpolitische SprecherInnen; in Gruppenwahl 5 bis 9 weitere Mitglieder des Stadtvorstandes),

    - die Delegierten und Ersatzdelegierten zum Landesparteitag

    - die VertreterInnen im Landesrat von Die Linke Sachsen

    - die Mitglieder der Finanzrevisionskommission.

4. Der Stadtparteitag entscheidet mit einfacher Mehrheit in geheimer Abstimmung über einen Wechsel einer/ eines Vorsitzenden auf zwei gleichberechtigte Vorsitzende entscheiden. Dies erfolgt gemäß Satzung des Stadtverbandes Abschnitt "II. Der Stadtparteitag", "§ 11 Wahlen", Absatz 2.

5. Das aktive Wahlrecht bei diesen Wahlen können die stimmberechtigten Mitglieder von Die Linke Leipzig nach Satzung und Geschäftsordnung ausüben.

6. Das passive Wahlrecht bei diesen Wahlen können die Mitglieder von Die Linke nach Satzung und Geschäftsordnung ausüben.

Wahlkommission

7. Die Versammlung bestimmt in offener Abstimmung eine Wahlkommission und deren Leitung.

Kandidaturen

8. Jedes Parteimitglied kann Wahlvorschläge unterbreiten oder sich selbst bewerben.

9. Kandidaturen in Abwesenheit sind möglich, sofern der Wahlkommission eine schriftliche Erklärung der Kandidierenden vorliegt. Elektronische Übermittlung ist ausreichend.

10. Die Aufstellung der Kandidierendenlisten wird von der Tagungsleitung vorgenommen. Über den Abschluss von Kandidierendenlisten entscheidet auf Vorschlag der Tagungsleitung die Versammlung mit einfacher Mehrheit. Eine bereits geschlossene Kandidierendenliste kann nur auf Antrag eines stimmberechtigten Mitglieds mit einer Mehrheit von mehr als 2/3 der Abstimmenden wieder geöffnet werden.

11. Es können Fragen an die KandidatInnen gestellt, die KandidatInnenvorschläge unterstützt oder Einwände erhoben werden. Näheres regelt die Geschäftsordnung (siehe § 10 Abs. 3).

12. Die Wahl wird von der Wahlkommission geleitet. Über die Wahl ist ein schriftliches Protokoll anzufertigen, das von der/dem/den WahlleiterInnen und min. zwei weiteren Mitgliedern der Wahlkommission zu unterzeichnen ist.

13. Mitglieder der Wahlkommission dürfen sich nicht selbst zur Wahl stellen.

Wahl, Wahlgang und Wahlakt

14. Die Wahl eines Gremiums oder Organs oder sonstiger Einrichtung heißt Wahl.

15. Der Vorgang, a) mehrere unterschiedliche Parteiämter oder Mandate zu besetzen oder b) gleiche Parteiämter und Mandate zur Sicherstellung der Mindestquotierung nach §6 Bundeswahlordnung (bzw. weiteren Quotierungen) getrennt von den weiteren Parteiämtern oder Mandaten zu wählen (Teilung einer Wahl in mehrere Wahlgänge), heißt Trennung von Wahlgängen.

16. Die Durchführung eines Wahlganges oder der gleichzeitigen (parallelen) Durchführung mehrerer Wahlgänge heißt Wahlakt.

17. Mehrere Wahlgänge können – und sollen, so weit möglich – in einem Wahlakt zusammengeführt werden.

18. Die Teilung einer Wahl in mehrere Wahlgänge zur Berücksichtigung von Quoten entfällt dann, wenn nicht mehr Personen zur Wahl vorgeschlagen sind, die nach dieser Quote maximal gewählt werden könnten.

19. Geteilte Wahlen in Form verschiedener Wahlgänge finden dann parallel in einem Wahlakt statt, wenn a) nicht mehr Personen zur Wahl vorgeschlagen sind, als nach Vorgabe dieser Quote mindestens gewählt werden sollen oder b) alle BewerberInnen zur Sicherung der jeweiligen Quotierung vorab auf eine Teilnahme an einem zweiten Wahlgang verzichten.

Ersatzdelegierte und weitere Ersatzpersonen

20. Ersatzpersonen werden nicht extra gewählt. Ersatzpersonen sind nach den Bestimmungen dieser Wahlordnung (inkl. derer zu Stimmengleichheit) diejenigen Kandidierenden, die ursprünglich nicht gewählt worden sind, aber das Quorum erreicht haben.

21. Bei Delegierten vertreten die Ersatzpersonen die ursprünglich gewählten Delegierten für die Dauer deren Abwesenheit, die gegenüber dem Organ oder Gremium, für das die Delegierten gewählt worden sind, erklärt werden muss.

Quoten und Quoren

22. Das Mindestquorum beträgt fünf Stimmen.

23. Bei einer Wahl mit Nein-Stimmen ist nur gewählt, wer mehr Ja- als Nein-Stimmen auf sich vereint.

24. Bleiben nach einem Wahlgang Plätze unbesetzt, weil sich nicht genug KandidatInnen gefunden haben oder diese nicht gewählt worden sind, kann die Tagung mit einfacher Mehrheit der Abstimmenden den Wahlgang maximal ein weiteres Mal durchführen. Dabei sind alle Bewerbungen im Rahmen dieser Wahlordnung möglich.

25. Für die Wahl zum Stadtvorstand gilt eine Jugendquote, welche zwei Mitglieder umfasst. Für die Delegiertenwahlen für Landes- und Bundesparteitag gilt eine Jugendquote von 20 %. Jugendliche in diesem Sinne sind Mitglieder, die das 27. Lebensjahr noch nicht vollendet haben. Innerhalb dieser Jugendquote muss die Geschlechterquotierung eingehalten werden.

Stimmabgabe und Wahlzettel

26. Kandidieren in einem Wahlgang nur so viele oder weniger Personen, als Plätze zu vergeben sind, haben die Wahlberechtigten auf den Wahlzetteln die Möglichkeit, mit „Ja“ oder „Nein“ zu stimmen. Fehlt bei einzelnen Kandidierenden eine Kennzeichnung, ist dies eine Enthaltung. Ist ein Wahlzettel gänzlich nicht gekennzeichnet, ist dies gleichfalls eine Enthaltung und kommt einer Enthaltung bei allen auf dem Wahlzettel vermerkten Kandidierenden gleich.

27. Kandidieren in einem Wahlgang mehr Personen, als Plätze zu vergeben sind, entfällt die Möglichkeit von Nein-Stimmen.

Ungültige Stimmen und ungültige Stimmzettel

28. Ungültig sind Stimmzettel auf denen

    a) die Zahl der zulässigen Ja-Stimmen überschritten wird

    b) der Wille der Wählenden nicht klar erkennbar ist

    c) das Prinzip der geheimen Wahl verletzt wird.

29. So weit möglich führt die Ungültigkeit einer Stimme nicht zur Ungültigkeit des ganzen Stimmzettels.

30. Über die Ungültigkeit entscheidet die Wahlkommission auf Vorschlag der Wahlleitung mit einfacher Mehrheit.

Stimmengleichheit und Stichwahl

31. Es finden keine Stichwahlen statt.

32. Bei Stimmengleichheit mehrerer KandidatInnen werden bei gerader Stimmenzahl die KandidatInnen in der Reihenfolge nach Alter aufsteigend (jung vor alt) gereiht, bei ungerader Stimmenzahl nach Alter Absteigend (alt vor jung). So wird auch bei Ersatzpersonen verfahren.

Anträge

A1: Unserem strategischen Auftrag gerecht werden - Einsatz für den Aufbau einer koordinierten und professionellen Öffentlichkeitsarbeit der Linken Leipzig

Einreichende: AG Öffentlichkeitsarbeit, Kiki Danneberg, Jessica Herrmann

Unterstützende: Ariane Barth, Robby Aydin

Antrag:

Die AG Öffentlichkeitsarbeit beantragt beim Stadtparteitag die Unterstützung für den Aufbau einer stadtverbandsweiten Struktur, die unsere Öffentlichkeitsarbeit koordiniert und professionalisiert, mit dem Ziel eine nachhaltige Social-Media- und Öffentlichkeitsarbeitsstruktur zu entwickeln, die sämtliche Kanäle miteinander verzahnt, Formate strategisch plant und eine Kampagnenfähigkeit auch außerhalb von Wahlkämpfen gewährleistet.

Der Stadtparteitag möge beschließen:

1) Den Aufbau sowie die Entwicklung einer nachhaltigen und strukturierten Öffentlichkeitsarbeit mit besonderem Fokus auf stadtweite Social-Media-Strukturen für den Stadtverband Leipzig zu forcieren.
2) Diese Struktur, fungierend als koordinierende Instanz, soll die bisherigen Social-Media-Strukturen stärken und verbinden, Kontinuität gewährleisten und die Sichtbarkeit des Stadtverbandes sowie unserer Aktivitäten, Inhalte und Positionen verstetigen und ausbauen, ohne die bestehenden Mitarbeitenden und Ehrenamtlichen durch dauerhafte Mehrbelastung zu überfordern.
3) Kernelemente der Umsetzung umfassen dabei insbesondere:
    - Eine Basisinfrastruktur an Technik und möglichen Räumlichkeiten (z.B. eine Grundausstattung eines semi-professionellen Studios mit Licht, Kamera, Audio und Schnittplatz). Falls sich die aktuellen Räumlichkeiten in der Geschäftsstelle als ungeeignet darstellen, sollte die Möglichkeit der Integration eines Studios in zukünftige Umbaupläne der Geschäftsstelle mit eingedacht werden,
    - Eine klare Redaktionsstruktur für die Koordination und Produktion von Inhalten, die in enger Zusammenarbeit mit Mandatsträger*innen, SBVs, Betriebs- und Ortsgruppen sowie Arbeitsgemeinschaften (AGs) und Interessensgemein-schaften (IGs) erfolgt,
    - Die Entwicklung und Pflege verschiedener Formate, beispielsweise eines stadtweiten TikTok-Kanals, Instagram-Reels, Crossposting zwischen Kanälen, kurze Erklärvideos und Kampagnenserien,
    - Maßnahmen zur Communitypflege, darunter die Entwicklung eines Moderationsleitfadens, regelmäßige Schulungen sowie klar definierte Eskalationswege,
    - Eine fortlaufende Evaluation anhand von KPIs, um die Wirksamkeit der Öffentlichkeitsarbeit messbar zu machen und kontinuierlich zu verbessern.
4) Der Stadtvorstand wird beauftragt, gemeinsam mit der Geschäftsstelle sowie in enger Zusammenarbeit mit der AG Öffentlichkeitsarbeit, der AG Digitales und weiteren Strukturen, auch über die eigenen Verbandsgrenzen hinaus, entsprechende Möglichkeiten zu schaffen, um eine koordinierende Kapazität für den Bereich

Öffentlichkeitsarbeit und Social Media zu etablieren.

5) Hierbei sollen insbesondere zentrale Stellen der Koordinationsverantwortlichkeit geschaffen werden, die folgende Kernaufgaben übernehmen:
   - Die Erstellung einer strategischen Jahresplanung der Öffentlichkeitsarbeit und Social-Media-Aktivitäten,
   - Die kanalübergreifende Koordination von Inhalten und Produktionen,
   - Aufbau und Organisation eines Produktions- und Schnittteams
   - Die Sicherstellung eines kontinuierlichen Community-Managements[1], insbesondere zur Moderation und Interaktion mit der Community sozialer Kanäle sowie zur Erstellung von Reports bzw. Community-Analysen
   - Die systematische Auswertung der Aktivitäten anhand klar definierter Leistungskennzahlen (KPIs)[2] (z. B.: Reichweite, Engagement[3], Follower-Wachstum, Reaktionszeiten).

   Diese zentralen Stellen sollten ebenfalls über spezifische Fähigkeiten verfügen, darunter eine ausreichende Erfahrung mit Social-Media-Kanälen und deren Prozessen, ein Verständnis über aktuelle Trends sowie die Fähigkeit, diese langfristig mitzudenken und diese bezüglich des Anspruches einer Linken-Partei anzupassen sowie ein Verständnis für grundlegende Prozesse zur Erstellung von Foto- und Videoformaten.

6) Der Stadtvorstand wird ermutigt, die genannten Aufgaben in Kooperation mit Landesstrukturen, Bundesstrukturen, Mandatsträger*innen und weiteren Partner*innen voranzutreiben, um eine bestmögliche, nachhaltige und effiziente Umsetzung sicherzustellen.

Begründung:

Die Bundestagswahlanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung (RLS) und der beschlossene Leitantrag der Bundespartei belegen eindeutig: Professionelle, zentral koordinierte Social-Media-Arbeit ist ein Schlüssel zum Wahlerfolg. Der RLS-Wahlnachtbericht hebt hervor, dass Die Linke insbesondere bei jungen Wähler*innen stark zulegen konnte, vor allem durch eine strategisch aufgebaute und verstärkte Social-Media-Präsenz (RLS 2025, S. 12).[4] Bereits in der Analyse wird festgestellt, dass in Erwartung geringer TV-Präsenz „mehr Ressourcen für Social-Media bereitgestellt und die eigenen Strukturen dafür neu aufgestellt“ wurden, u. a. mit einem zentralen Studio und verzehnfachtem Budget (RLS 2025, S. 12). Die Reichweite auf Instagram stieg in nur drei Wochen von ca. 268.000 auf fast 6 Millionen (RLS 2025, S. 13), auf TikTok wurden ähnliche Sprünge verzeichnet (RLS 2025, S. 15). Diese Entwicklung zeigt: Gezielte Investitionen in Infrastruktur, Personal und Planung können die öffentliche Wahrnehmung in kurzer Zeit massiv verbessern.
Der Leitantrag der Bundespartei[5] formuliert klar, dass sich Die Linke zu einer „organisierenden Klassenpartei“ entwickeln muss, die „ihre Verankerung und Durchsetzungskraft vergrößert und sich dazu auch strukturell erneuert und verändert“. Genau das bedeutet auf lokaler Ebene: Wir brauchen belastbare Strukturen, die kontinuierlich wirken, und nicht nur Ad-hoc-Aktivitäten einzelner.
Zudem fordert der Leitantrag:

---

1 Verantwortung der Interaktion mit Menschen, die einem Kanal folgen und mit diesem interagieren (Kommentare, private Nachrichten, Verlinkungen)

2 Key Performance Indicators sind Leistungskennzahlen, die verwendet werden, um den Erfolg oder Misserfolg von Maßnahmen zu messen und Prozesse zu kontrollieren.

3 Engagement umfasst alle Handlungen, die Nutzer auf Social-Media-Beiträge ausführen

4 https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/wahlanalysen/RLS_Wahlnachtbericht_BTW_2025.pdf

5 https://www.die-linke.de/partei/parteidemokratie/parteitag/chemnitzer-parteitag/beschluesse-und-resolutionen/detail/news/leitantrag-wir-sind-die-hoffnung/

> „Kampagnenfähigkeit in der Partei ausbauen. […] Kampagnen- und Social-Media-Arbeit weiter stärken und eine Struktur für zentrales Rapid-Response-Campaigning etablieren. […] Alle Kommunikationsbereiche der Partei besser miteinander verzahnen."

Unser Antrag setzt diese Bundesstrategie konkret für Leipzig um: Aufbau einer zentralen Social-Media-Basisstruktur (Technik, Räume, Prozesse), Verzahnung aller Kanäle und Teams, Rapid-Response-Fähigkeit für lokale Ereignisse sowie Strategische, langfristige Social-Media-Planung statt vereinzelter Postings.
Damit schaffen wir einen Schritt, um die Voraussetzungen vor Ort zu erreichen, die der Leitantrag für den bundesweiten Erfolg benennt: einheitliche Sprache, klare Erzählung, kontinuierliche Präsenz und koordinierte Kampagnenfähigkeit. Zusammen mit dem Stadtverband wollen wir Qualitäten und Notwendigkeiten definieren, welche auf den Anforderungen eines Social-Media-Kanals im Jahr 2025 basieren (ebenfalls angelehnt an einen der größten Stadtverbände sowie an eine Großstadt mit über 630.000 Einwohner*innen (Stand: Juli 2025).

<u>Warum wir als Linke Leipzig jetzt handeln müssen:</u>

- Leipzig hat eine junge, politisch interessierte Bevölkerung. Die Bundestagswahlanalyse zeigt, dass Social-Media-Erfolge besonders bei den 18–34-Jährigen zu deutlichen Zugewinnen führten (RLS 2025, S. 12).[6] Für Leipzig ist dies insbesondere für die U-18 Wahl in Bezug auf die anstehende Oberbürgermeister*innen Wahl interessant, da hier einige Menschen erstmalig wahlberechtigt sein werden.[7] Mittels konkreter Umsetzungen könnten wir unser Wähler*innenpotenzial schon jetzt erweitern.
- Ohne zentrale Koordination bleiben lokale Social-Media-Aktivitäten Stückwerk und können das Potential nicht entfalten.
- Schnelle, gut abgestimmte Reaktionen (Rapid Response) sind in Zeiten zunehmender rechter Diskursverschiebung unverzichtbar – auch das betont der Leitantrag.

Social Media und Öffentlichkeitsarbeit sind heute zentrale Instrumente politischer Kommunikation – sowohl zur Vermittlung politischer Inhalte als auch zur Bewerbung der eigenen Organisation. Sie bestimmen, ob unsere Themen sichtbar sind, ob wir Diskurse setzen und ob wir neue Zielgruppen erreichen. Etwa der Wahlkampf von Heidi Reichinnek zeigte, wie durchdachte Social-Media-Strategie Sichtbarkeit, Sympathie und Mobilisierung deutlich steigern kann. Demgegenüber steht der Social-Media-Auftritt der AfD, der – gerade bei jungen Zielgruppen – sehr aggressiv und technisch professionell aufbereitet ist. Um hier aufzuholen, müssen wir in Qualität und Reichweite investieren.
Auch lokal in Leipzig haben wir gesehen: Die Social-Media-Arbeit im Wahlkampf hat entscheidend zur Mobilisierung beigetragen. Veranstaltungen wie mit Heidi Reichinnek oder die Aktion der „Silberlocken" zeigten, wie schnell Inhalte viral gehen können, wenn sie gut produziert und zielgruppengerecht verbreitet werden. Und auch außerhalb von Wahlkämpfen ist Öffentlichkeitsarbeit wichtig: Kampagnen wie „Die Stadt gehört uns allen" erreichen über Social Media deutlich mehr Menschen als rein über klassische Kanäle.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

---

[6] https://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/wahlanalysen/RLS_Wahlnachtbericht_BTW_2025.pdf
[7] https://www.stadtjugendring-leipzig.de/assets/publikationen/stellungnahmen_positionen/2025/pm-ergebnisse-u18-bundestagswahl-2025-in-leipzig.pdf

A2: Die erste Ansprache zählt! – Postalisches Starterpaket zur stadtverbandsweiten Akquise von Neumitgliedern

Einreichende: Kiki Dannenberg

Unterstützende: Ariane Barth, Robby Aydin, Uwe Fiedler

Antrag:

Hiermit wird beim Stadtparteitag des Stadtverbandes Die Linke Leipzig die Unterstützung bei der stadtverbandsweiten Etablierung sowie die teilweise Finanzierung eines Starterpaketes für Neumitglieder als zusätzliche postalische Erstkontaktaufnahme beantragt.

Ziel: Das Starterpaket soll zur Aktivierung sowie Motivation, Informationsangebot und alternativer Kontaktaufnahme (neben E-Mail und Telefon) beitragen.

Der Stadtparteitag möge beschließen:

- Die Einführung eines startverbandsweiten Starterpakets, welches nach finanziellen Möglichkeiten des Stadtverbandes und personellen Kapazitäten der Stadtbezirksverbände, jedem Neumitglied, ab dem 01.01.2025 ausgeliefert oder postalisch zugesendet wird.
- Hierbei werden folgende Zuständigkeiten und Aufgabenverteilungen bestimmt:
    - Der Stadtvorstand sowie die Geschäftsstelle wird in Zusammenarbeit mit den Entwickler*innen des Starterpaketes sowie den zuständigen Mitgliedern der Stadtbezirksverbände Materialien, welche für die Etablierung des Starterpaketes notwendig sind, erstellen, finanzieren und organisieren.
    - Das Starterpaket wird eingeteilt in ein „Basispaket“ sowie einem SBV-spezifischen Informationsflyer. Ersteres besteht aus einem Briefumschlag mit eingelegten emotionsstarken Stickern (circa 5), leichten Werbematerialien (z.B. Kühlschrankmagnet, Anstecker) sowie einer aktualisierten Neumitgliederbroschüre. Die Materialien des Basispakets werden in der Geschäftsstelle gelagert, organisiert (regelmäßige Bestellung) und zur Verfügung gestellt.
    - Die zuständigen Mitglieder der Stadtbezirksverbände erklären sich bereit, regelmäßig die Materialien abzuholen, zu verpacken und die Versendung/Verteilung an die im Einzugsgebiet des SBVs eingetretenen neuen Mitglieder zu organisieren. Ebenfalls besteht die Möglichkeit einen SBV-spezifischen Informationsflyer beizufügen. Eine Vorlage wird von der AG Öffentlichkeitsarbeit zur Verfügung gestellt.
    - Der Stadtvorstand hat in Zusammenarbeit mit den Stadtbezirksverbänden entweder die postalische Zustellung abzusichern oder eine durch die Mitglieder der Stadtbezirksverbänden getragene Verteilung zu organisieren.
    - Die Finanzierung der Materialien des Basispaketes wird von dem Stadtverband der Linken Leipzig übernommen. Kosten der Zustellung obliegen dem SBV.
    - Der Stadtvorstand sucht nach Möglichkeiten, die Zusammenstellung, Anfertigung und Verteilung des Starterpaketes durch Mitglieder und Gremien des Stadtverbandes abzusichern.

Begründung:

Während des Wahlkampfes zur Bundestagswahl erfuhr „Die Linke“ eine enorme Steigerung an Mitgliedereintritten. Dieser enorme Anstieg führte auch zu einer Überlastung bestehender Neumitglieder-Integrationsstrukturen. Für die lokalpolitische Arbeit ist eine Aktivierung von Mitgliedern jedoch unerlässlich. Zwar gibt es etablierte Mechanismen und Strategien zur Aktivierung von Neumitgliedern, jedoch zielen diese überwiegend auf digitale Kommunikationswege zur erstmaligen Kontaktaufnahme, darunter E-Mail und Telefonie. Die Erfahrung zeigt, dass Neumitglieder gerade in der ersten Phase des Neueintrittes von einer Flut an E-Mails von Bundes- und Landesebene erfasst werden. Dies kann schnell zu einer Überforderung und schließlich zur Resignation führen.
An dieser Stelle könnte das Starterpaket als effektive zusätzliche Erstkommunikation ansetzen. Der postalische Weg könnte dabei einen großen Vorteil darstellen, da der Postweg ist in Deutschland immer noch die Wahl von amtlich-relevanten Dokumenten ist. Eine Öffnung des Starterpakets ist somit sehr wahrscheinlich. Durch die Beilage von modernen Werbematerialien, sollen direkt nach der Öffnung positive Emotionen ausgelöst werden, was zu einer stärkeren Bindung zur Partei sowie zu einem erhöhten Interesse an den beigelegten Informationsmaterialien führen könnte. Über den SBV-spezifischen Informationsflyer können somit angesprochene Neumitglieder weiterführend informiert, vermittelt sowie aktiviert werden.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

A3: Rechtsruck bekämpfen - Hoffnung organisieren

Einreichende: Gregor Clewing (SBV Süd), Tjark Delfs (BO Eisenbahnstraße), Clemens Elm (SBV Ost), Mara Luise Günzel (SBV West), Mathias Halbauer (SBV-Altwest), Marco Hamann (SBV Ost), Derya Kilicarslan (SBV Ost), Nils Knappik (SBV-Mitte), Moritz Reichel (SBV Ost), Vito Richter (BO Eisenbahnstraße), Nicolas Rother (SBV Ost), Jan Rottenbach (SBV Nordost), Alexander Schmidt (SBV Mitte), Tammo Thyselius (BO Eisenbahnstraße, SBV Ost)

Antrag:

Der Stadtparteitag möge die nachstehende Resolution als Basis für die bevorstehende Debatte über die strategische Neuausrichtung der Partei verabschieden:

Die Partei konnte im Rahmen der letzten Bundestagswahl die Gefahr vor dem Versinken in der Bedeutungslosigkeit, wenn nicht sogar ihres Endes, vorerst abwenden. Wir betonen: vorerst. Auch wenn wir die Leistungen unserer Partei, ihrer Mitglieder an der Basis und unserer Mandats- und Funktionsträger nicht in Abrede stellen oder kleinreden wollen, ist die Rettung doch in erster Linie glücklichen äußeren Umständen zu verdanken. Wir betrachten daher mit Wohlwollen die Erkenntnis der Parteiführung, dass es einer strategischen Neuausrichtung der Partei bedarf. Diese Neuausrichtung wäre zuvorderst eine Rückbesinnung: eine Rückbesinnung der Linken auf ihre Tradition als sozialistische Partei.

Ein klares Bekenntnis zur Überwindung des Kapitalismus. Eine entschiedene Absage an die Mitverwaltung der Ausbeutung von Mensch und Natur. Ein unmissverständlicher Kampf für die Interessen der Klasse der Lohnabhängigen und Armen in diesem Land.

Wir können diesen Kampf nicht für die Mehrheit führen, sondern nur gemeinsam mit ihr. Deshalb stellen wir uns hinter die Losung des im Mai durch den Bundesparteitag beschlossenen Leitantrags: "Wir wollen Hoffnung nicht nur propagieren, sondern organisieren." Sozialistische Politik vollzieht sich nicht in erster Linie im Parlament. Die Macht für grundlegende Veränderung erwächst aus der fortlaufenden Organisation von Lohnarbeiter:innen, Mieter:innen, Migrant:innen und jenen, die der Unterdrückung des Menschen durch den Menschen ein Ende setzen wollen. Wir werben damit eindringlich, dass die von der Bundespartei formulierte Strategie der organisierenden Klassenpartei fest in die politische Praxis des Stadtverbandes integriert wird.

Zu einer Klassenpartei der Lohnabhängigen werden wir aber nur dann, wenn wir unsere Organisationsbemühungen nicht durch eine fatale parlamentarische Koalitionspolitik torpedieren. Die Zustimmung zu Aufrüstung, Haushaltskürzungen oder Steuersenkungen für Unternehmen und Reiche diskreditiert alle unsere Anstrengungen an der Basis. Ebenso wenig glauben wir, dass derartige Zugeständnisse eine wirksame Strategie gegen den Rechtsruck in Deutschland darstellen. Wir betrachten die Vorstellung, dass mit einer solchen Politik des “kleineren Übels” die AfD von der Macht ferngehalten werden kann als fatal. Ihr Gelingen stützt sich lediglich auf die Hoffnung, dass große Kapitalfraktionen und die CDU auch in Zukunft nicht bereit sind, mit der AfD zu paktieren, wenn sich die Umstände ändern. Letzten Endes wird dadurch nur das Bild der AfD als einziger wirklicher Opposition gestärkt. Schwächen können wir den Rechtsruck nur durch einen Linksruck - wenn die Masse der Menschen sich mit uns als Partei der Opposition gegen die herrschende Politik organisiert. Es gilt die durch die Arbeiterbewegung in harten und ausdauernden Kämpfen errungenen sozialen Fortschritte innerhalb kapitalistischer Gesellschaften mit allen Mitteln zu verteidigen. Nur wenn wir entschiedenen Widerstand gegen Sozialkürzungen, Angriffe auf die Rechte der Lohnabhängigen wie den 8-Stunden Tag oder das Streikrecht, den Rüstungswahn und die Verschärfung der Staatenkonkurrenz organisieren, können wir das Vertrauen derjenigen gewinnen, auf die es für eine sozialistische Partei ankommt. Nur wenn wir gemeinsam mit all jenen einstehen, die alltäglich von Arbeitslosigkeit, der Dequalifizierung und Prekarisierung ihrer Arbeit oder der Verlagerung des Unternehmens bedroht sind und sie aktiv in die politische Arbeit unserer Partei einbinden, sind wir dabei glaubwürdig.

In diesem Sinne sprechen wir uns für eine Absage an jene politische Praxis aus, die glaubt, das Aufkeimen reaktionärer und faschistischer Tendenzen bekämpfen zu können, indem wir uns mit den Verantwortlichen für die schlechte Lage gemeinmachen. In der kapitalistischen Klassengesellschaft nähren sich Vorurteile und Ressentiments aus Unterdrückung, Frustration und Existenzangst. Der Aufstieg der extremen Rechten ist das Produkt einer Politik, die darauf zielt, alle Schranken für die kapitalistische Ausbeutung niederzureißen. Die Rechten machen sich Prekarität, Abstiegsängste und Konkurrenzdruck zunutze. Sie sind in den Betrieben immer besser organisiert und wenden sich gegen die DGB-Gewerkschaften. Wir können dem nur etwas entgegensetzen, wenn wir uns zu einer wirklichen Alternative entwickeln und als vorwärtstreibende Kraft der herrschenden Politik eine klare Absage erteilen. Bundesweit sowie in Sachsen und Leipzig muss sich die Partei wieder verstärkt im Rahmen der Gewerkschaftsarbeit engagieren. Es braucht die aktive Verankerung der Partei in Betrieben, Krankenhäusern und Schulen. Wir müssen eine Kraft werden, mit der Lohnabhängige tatsächlich für ein besseres, ein gutes und friedliches Leben kämpfen können. Hand in Hand im Parlament, in den Betrieben und auf der Straße. Eine Kraft, die

glaubhaft den Weg zum demokratischen Sozialismus bereitet.

Begründung:

Der Antrag bedarf aus unserer Sicht seiner Form nach keiner weiteren Begründung. Wenn nötig, wird diese mündlich auf dem Stadtparteitag erfolgen.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

A4: Antifaschistische Offensive stärken: Aktion »Widersetzen« unterstützen

Einreichende: Moritz Schumacher, Lisa Kuhnow, Kai Tischer, Lena Schäfer

Unterstützende: Benjamin Sittig, Holger Krusche, Marco Böhme, Jasmin Schminder, Julia Rattke, Christopher Meyer, Nikolai Dehdarian, Fabian Blunck, Anna Bochmann, Franz Himmighofen, John-Paul Hartzsch, Sarah Gutt, Lara Spät, Irma Schubert, Nina Treu, Lorenzo Kabuß, Gregor Gondecki, Johanna Schönborn, Tammo Thyselius, Clara Noetzel, Julia Kaiser, Isabelle Fagundes, Nina Heller, Simon Grünzig, Vincent Heidemann, Mara Schaffer, Kilian Fürstenau, Josina Heidel, Carla Höpcke, Valentin Schönthal, Paula Powilleit, Max Stocker, Paul Keßler, Janina Hagemann, Viktor Jordan, Tjark Delfs, Simon Schönborn, Mara Luise Günzel, Timo Napparell, Timo Kolfhaus, Hedda Hauset, Lou Anton Hauser, Leonard Weber, Nam Duy Nguyen, Justin Nemitz

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

1. Der Stadtverband Die Linke Leipzig reiht sich aktiv in die lokale Organisation der bundesweiten Aktion »Widersetzen« ein, um den antifaschistischen Protest gegen die AfD und die geplante Gründung ihrer Jugendorganisation konstruktiv zu verstärken.
2. Der Stadtverband mobilisiert öffentlichkeitswirksam nach außen sowie in die Parteibasis hinein für die Blockade des Gründungskongresses der sogenannten »Patriotischen Jugend« am 29./30. November 2025 in Gießen sowie für alle weiteren »Widersetzen«-Aktionen.
3. Der Stadtverband prüft und, sofern finanziell darstellbar, übernimmt solidarisch die Organisation und (Teil-)Finanzierung von Anreisebussen.
4. Mitglieder, Basisstrukturen und Mandatsträger*innen werden ermutigt, sich vor Ort sichtbar und verantwortungsvoll einzubringen, ohne den gemeinsamen, bunten Charakter der Proteste zu überstrahlen.

Begründung:

„Nächste Abfahrt: Widersetzen!“ Unter diesem Motto ruft das Bündnis »Widersetzen« für den 29./30. November 2025 nach Gießen. Dort plant die AfD die Gründung eines neuen

Jugendverbands, in dem es von Rassist*innen und Neonazis wimmelt. Widersetzen verfolgt das Ziel, diesen Kongress zu verhindern, ein Fest der Vielfalt zu organisieren und klarzustellen: Kein Platz für faschistische Nachwuchsarbeit!
Die AfD verfolgt eine Zweisäulenstrategie. Einerseits nutzt sie Parlamente, Gerichte und Medien zur Normalisierung ihrer Politik; andererseits baut sie außerhalb der Institutionen eine „Umsturzbewegung“ auf, die zur offenen Abschaffung der Demokratie bereitsteht. Gerade über Jugendstrukturen versucht sie, Aktivist*innen zu rekrutieren und gewaltbereite Kader zu formen. Diesem Versuch stellen wir uns entschlossen entgegen.
Straßenprotest wirkt: Beim Bundesparteitag in Riesa 2025 verzögerte eine 12.000 Personen starke Blockade den Beginn um mehr als zwei Stunden. »Widersetzen« vereint Menschen aller Generationen, Gewerkschafter*innen, Klimaaktivist*innen, NGOs und Anwohner*innen in Aktionen des massenhaften, gewaltfreien Ungehorsams.
Unser Beitrag als Die Linke Leipzig ist doppelt wertvoll: Erstens bringen wir logistische Kraft, politische Erfahrung und parlamentarische Rückendeckung ein. Zweitens bilden wir eine unheimlich große Basis, die genau dafür zu uns gestoßen ist. Viele Genoss*innen haben in Riesa oder bei der Blockade des AfD-Parteitags in Essen ihre ersten Schritte im Aktivismus gemacht. Durch die Teilnahme an »Widersetzen« geben wir vielen neueren Genoss*innen die Möglichkeit, Verantwortung zu übernehmen, sich zu vernetzen und unsere Partei als glaubwürdige antifaschistische Kraft zu erleben.
Die AfD schafft es über das Parlament ihre faschistische Politik, z.B. durch den Begriff der Remigration zu normalisieren. Gerade deshalb ist es hier entscheidend, antifaschistische Gegenmacht sichtbar zu organisieren, indem wir ihnen Räume nehmen und sie in ihrer Strategie hindern, die stärkste Partei zu werden. Wenn wir der AfD Öffentlichkeit und Logistik streitig machen, zersetzen wir ihre Strategie, scheinbar selbstverständlich Teil der politischen Normalität zu sein. Ganz nach dem Motto: Kein Fußbreit den Faschisten.
Das Fest der Vielfalt, das in Gießen parallel zur Blockade geplant ist, zeigt, wofür wir stehen: Freiheit statt autoritärer Unterwerfung, soziale Sicherheit statt Abstiegsangst, gleiche Rechte für alle statt völkischer Ausgrenzung. Es verbindet Widerstand mit einer positiven Vision und eröffnet Gelegenheiten, unsere sozialistischen Alternativen für bezahlbare Mieten, sichere Arbeit und lebendige Demokratie vorzustellen, ohne den Fokus von der unmittelbaren Aufgabe abzulenken: den faschistischen Angriff stoppen.
Mit entschlossenem zivilem Ungehorsam geht ein Repressionsrisiko einher. Das Widersetzen Bündnis möchte dem einen breiten und geeinten Protest entgegensetzen, um den Preis für Repression politisch in die Höhe zu treiben. Erfahrungen von Dresden Nazifrei haben gezeigt, dass mit der Beteiligung von verschiedenen Parteien die Räumung von Blockaden verhindert wurde: So gestand Dresdner Polizeipräsident, sie “habe darauf verzichtet die Route zu räumen aufgrund der “überwältigende[n] Anzahl der Gegendemonstranten und ihre[r] breit gemischte[n] Zusammensetzung" [1].
Eine starke Präsenz linker Mandatsträger*innen kann deeskalierend wirken und zugleich zeigen, dass Antifaschismus in den Parlamenten und auf der Straße zusammengehört. Sichtbarkeit darf jedoch nie Selbstzweck sein; entscheidend bleibt der gemeinsame Erfolg. Indem wir uns in »Widersetzen« einreihen, verweigern wir der AfD Räume, decken ihr wahres Gesicht auf und bauen gleichzeitig weiter an der solidarischen Alternative, die sie fürchten. So stärken wir nicht nur den antifaschistischen Protest, sondern auch das Vertrauen in die verändernde Kraft unserer Partei.
[1] https://taz.de/Anti-Nazi-Protest-in-Dresden/!5147543/

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

A5: Für einen gerechten Frieden in Palästina

Einreichende: AG Palästinasolidarität

Unterstützende: Mara Luise Günzel (Sozialistische Organisation Sol Leipzig, BO Altwest, SBV West), Lilly Köhler (BO Südvorstadt, SBV Süd), Franziska Kage (BO ZKM, SBV Mitte), Markus Schmidt (SBV Südost), Jan Rudolph (SBV Südost), Kevin Uslaub (SBV Ost), Niclas Martin (SBV West), Gregor Clewing (Sozialistische Organisation Sol Leipzig, SBV Süd), Tammo Thyselius (BO Eisenbahnstraße, SBV Ost), Alexander Schmidt (SBV Mitte), Holger Krusche (SBV Südwest)

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Wir unterstützen es, wenn Demonstrationen gegen die Kriegs-, Besatzungs- und Vertreibungspolitik des Staates Israel gegen die Palästinenser*innen unter einigen zentralen Forderungen stattfinden, wie dies am 14. Juni auf der Demo mit Francesca Albanese geschehen ist, um eine möglichst breite Mobilisierung zu erreichen.
Wir sind gleichzeitig der Meinung, dass Die Linke mit eigenen Forderungen zu solchen Demonstrationen aufrufen sollte, die unter anderem deutlich machen, dass

1. Die Linke für die demokratischen und nationalen Rechte aller Bevölkerungsgruppen im Nahen Osten eintritt und diese durch die kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnisse verhindert werden. Deshalb sehen wir den Kampf gegen die Besatzung und Unterdrückung der Palästinenser*innen untrennbar verbunden mit dem Kampf gegen imperialistische, kolonialistische und kapitalistische Verhältnisse in der Region.
2. Die Linke sich eindeutig gegen jede Form von Rassismus, also auch Islamfeindlichkeit und Antisemitismus, positioniert und reaktionäre und arbeiter*innenfeindliche Organisationen wie die Hamas nicht als Bündnispartner betrachtet.

Wir schlagen folgende Positionierung für Die Linke Leipzig vor und schlagen dem Stadtverband vor, dazu eine inhaltliche Debatte zu organisieren:

In Bezug auf die israelische Regierung:

- Sofortiges Ende aller Angriffe auf Gaza und Rückzug der israelischen Armee
- Ende der Belagerung von Gaza und der Besetzung des Westjordanlands
- Sofortiger Stopp des Siedlungsausbaus im Westjordanland
- Nein zum Terror gegen Zivilist*innen
- Freilassung aller palästinensischen politischen Gefangenen

In Bezug auf die Hamas:

- Nein zum Terror gegen Zivilist*innen
- Freilassung aller zivilen Geiseln

Im Bezug auf die deutsche Regierung:

- Beendigung der Unterstützung der israelischen Regierung durch die Bundesregierung durch Waffenlieferungen und andere Maßnahmen
- Sanktionen und Unterstützung der Strafverfolgung von Verantwortlichen
- Ende der Einschränkungen demokratischer Rechte und Verschärfungen des Aufenthaltsrechts für Migrant*innen im Kontext des Gaza-Kriegs
- Unterstützung der humanitären Hilfe von international anerkannten Hilfsorganisationen
- Bedingungslose Hilfe bei Wiederaufbau und Traumabewältigung

Allgemein:

- Ablehnung jeder Form von Rassismus und Antisemitismus
- Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung für alle Bevölkerungsgruppen zwischen Jordan und Mittelmeer
- Anerkennung der demokratischen und nationalen Rechte aller Bevölkerungsgruppen in Israel und Palästina einschließlich des Rechts der Palästinenser*innen auf Selbstbestimmung und einen eigenen Staat
- Unter Kapitalismus und Imperialismus wird es keinen Frieden und keine Befreiung geben! Echte nationale und soziale Befreiung kann auf Dauer nur durch sozialistische Veränderungen erreicht werden.
- Kein Vertrauen in kapitalistische Politiker*innen in Deutschland und international, stattdessen Unterstützung des Aufbaus unabhängiger Arbeiter*innenparteien, die für Sozialismus und Internationalismus stehen, sowie solidarischer Verbindungen zwischen und zu ihnen

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

A6: Der Jugend nicht die Zukunft kürzen!

Einreichende: Linksjugend Leipzig

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Die Linke Leipzig stellt sich deutlich gegen alle Kürzungen im Bildungssektor, besonders gegen die Kürzungen im Haushalt der Universität Leipzig. Sie benennt diese klar als Vergehen an der Zukunft von jungen Menschen. Die Linke Leipzig positioniert sich aus diesem Grund sowohl auf Landes- als auch auf Bundesebene für die Abschaffung der Schuldenbremse und prangert die neoliberale Sparpolitik öffentlich an, die diese Kürzungen

erst verursacht hat.

Begründung:

Das Loch von 16 Millionen Euro im aktuellen Haushalt der Universität Leipzig zeigt wieder einmal, dass die neoliberale Sparpolitik mehr und mehr Investitionen in die Zukunft verhindert, in diesem Fall explizit in die akademische und berufliche Zukunft von jungen Menschen. Die Einsparungen an der Universität Leipzig schaffen spürbare Unsicherheit innerhalb der Studierendenschaft und all denen, die sich perspektivisch ein Studium an der Uni Leipzig vorstellen können. Unsicherheit darüber, ob sie ihr Studium in anhaltender fachlicher Qualität fortsetzen können, sei es z. B. durch Erhalt von Lehrstühlen und Dozierenden-Stellen, der Ausstattung der wissenschaftlichen Einrichtungen oder der Förderung anderer Bildungsmöglichkeiten außerhalb des regulären Fachunterrichts. Unsicherheit aber auch darüber, ob mein Wunschstudiengang in gleicher Jahrgangsgröße oder überhaupt fortgeführt werden kann. Damit zeigt sich auch schon: Nicht nur bei den Studierenden schafft dieses Haushaltsloch Unsicherheit. Auch junge wissenschaftliche Mitarbeiter:innen haben Angst um ihre Stellen, ebenso wie Auszubildende und andere junge Angestellte der Universität.
Doch die Universität Leipzig ist kein Einzelfall. Seit Jahren schon wird der Bildungssektor kaputtgespart. Damit muss endlich Schluss sein. Wir müssen in unsere Jugend investieren und ihr nicht die Zukunft kürzen!

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

A7: Keine Kriegs- und Zwangsdienste!

Einreichende: Linksjugend Leipzig

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

Die Linke Leipzig positioniert sich klar gegen jede Form der Wiedereinführung der Wehrpflicht oder sonstiger verpflichtender Gesellschaftsdienste. Wir lehnen staatlich verordneten Zwang ab. Wir lehnen ebenfalls ein Ziviljahr ab, da diese im Kapitalismus nur zur Ausbeutung kostenfreier Arbeitskraft dient und die Politik die Probleme der Pflege weiter ignorieren kann.

Begründung:

Der Ruf nach einem verpflichtenden Dienst an der sogenannten „Gesellschaft“ ignoriert die tatsächlichen Lebensrealitäten im Kapitalismus.
Wir müssen uns fragen, ob Schulen Orte der freien Bildung, oder Stationen auf dem Weg in eine durchökonomisierte Arbeitswelt sind. Junge Menschen werden nicht darauf vorbereitet, der Gesellschaft zu dienen, sie werden dazu erzogen, dem Geld und dem Profit zu dienen.

Der vermeintliche „gesellschaftliche Dienst“ dient in Wahrheit ganz anderen Interessen:

- Der Zwang zur unbezahlten Arbeit ist ein Hebel der Wirtschaft zur eigenen Bereicherung.
- Die Politik kann sich damit aus der Verantwortung ziehen, strukturell in Sozialsysteme und Pflegeberufe zu investieren.
- Die Wehrpflicht wiederum sichert der Rüstungsindustrie eine lukrative Zukunft – auf Kosten der Jugend.

Zwangsdienste bedeuten nicht nur einen Eingriff in die Selbstbestimmung junger Menschen, sondern sind Ausdruck politischer Bequemlichkeit und wirtschaftlicher Interessenpolitik. Eine gerechte Gesellschaft darf nicht auf Zwang beruhen. Stattdessen fordern wir Investitionen in freiwillige Angebote, gute Arbeitsbedingungen in sozialen Berufen, und echte politische Lösungen für gesellschaftliche Herausforderungen.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

A8: Die Stadt gehört uns allen - Kampagnenfähige Leipziger Linke im kommenden Jahr

Einreichende: Stadtvorstand Die Linke Leipzig, Kampagnenkoordination, Geschäftsstelle Die Linke Leipzig

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

1. Der Stadtverband Die Linke Leipzig setzt die Kampagne "Die Stadt gehört uns Allen" 2025/26 als eine zentrale politische Priorität fort.
2. Das Gremium der Kampagnenkoordination (KaKo) wird ergänzt durch einen Kampagnenrat bestehend aus Delegierten der Arbeitsstrukturen des Stadtverbands in der Kampagne.
3. Der Stadtverband stellt die für die Wirksamkeit der Kampagne nötigen finanziellen Mittel zur Verfügung.
4. Alle Gliederungen und Zusammenschlüsse sowie Mandatsträger*innen werden ermutigt, sich in Planung, Mobilisierung und Umsetzung der Kampagne einzubringen.
5. Am 18. Oktober 2025 werden bei einer Basiskonferenz die Ergebnisse der laufenden Phase ausgewertet und gemeinsam die nächste Kampagnenetappe beschlossen.

Begründung:

In Leipzig, wie in zahlreichen anderen Städten, ist Wohnen für Viele ein Krisenthema. Seit 2015 sind die Angebotsmieten im Stadtgebiet um 67 Prozent in die Höhe geschossen, während die Einkommen real auf dem Niveau von 2005 stagnieren. Der Preisdruck beschränkt sich nicht auf die Kaltmiete. Jede zweite Nebenkostenabrechnung ist laut Mieterbund fehlerhaft. Vierstellige Nachzahlungen sind Gang und Gebe. Eine Wohnung zu

finden wird für Mieter*innen - immerhin 90% der Leipziger*innen - immer schwerer, und für die meisten bleibt am Ende des Monats immer weniger Geld zum Leben übrig. Dabei ist Leipzig inzwischen zum attraktivsten Anlageort für Immobilienspekulant*innen in Deutschland geworden. Wer heute eine Drei-Raum-Wohnung sucht, konkurriert nicht mehr nur mit Nachbar*innen, sondern mit globalem Anlagekapital.

Die steigenden Lebenskosten und die Wohnungskrise bringen Tausende in Leipzig in existenzielle Bedrängnis. Diese Belastungen und realen Zukunftsängste nutzt die AfD aus, indem sie einen Schuldigen anbietet, der nicht an der Börse sitzt und spaltet so die Gesellschaft entlang von Herkunft und Identität. Den Nährboden dieser Spaltung sind die jahrzehntelange Kürzungspolitiken und gezielten Kürzungen auf den Sozialstaat von SPD und CDU. Der Zusammenhang ist klar: „Steigt die Miete um 1 Euro pro Quadratmeter, wächst der Stimmenanteil der AfD bei Geringverdienenden um bis zu 4 Prozentpunkte“. [1] In einem geleakten Strategiepapier der AfD schildert sie ihren Weg zur Macht: Durch offensive Kulturkämpfe "Schwarz-Rot spalten" und die Brandmauer einreißen, indem sie einen "Kulturkrieg mit der Linken" führt und die Gesellschaft in zwei Lager teilt.

Wir schärfen mit unserer Mietkampagne den Ansatz, über eine verbindende Klassenpolitik den Kulturkampf zu umschiffen und dabei trotzdem ein gutes Leben für alle in Aussicht zu stellen. Das Thema Miete verbindet in Leipzig alle. Wenn der Vermieter Eigenbedarf anmeldet oder die Reparatur verschleppt, sitzen wir im gleichen Boot. Indem wir es schaffen, Menschen konkret in ihren steigenden Wohnkosten materiell zu entlasten und dabei gleichzeitig die wahren Verantwortlichen aufzeigen, können wir der spalterischen Strategie der AfD etwas entgegenhalten. Das wirksamste Mittel gegen rechte Ideologien ist Selbstorganisierung. Dort, wo Menschen die Erfahrung machen, durch ihr eigenes Handeln eine Verbesserung zu erkämpfen, wo sie Selbstwirksamkeit erleben, wächst nicht nur das Vertrauen in die eigene Stärke, sondern auch die Erkenntnis, dass politische Veränderung durch gemeinsames Handeln Wirklichkeit werden kann. [2]

Im Rahmen der Kampagne "Die Stadt gehört uns allen" haben wir uns bisher vorgenommen, u.a. mit den Instrumenten des Heizkostenchecks und des Mietwucherrechners perspektivisch jedes Haus in Leipzig zu checken und Geld für Mieter*innen zurückzuholen. Aus der Praxis wissen wir, dass das Anfechten einer Nebenkostenabrechnung mehr bewirkt als eine einfache Rückzahlung. Sobald Nachbar*innen gemeinsam Einsicht in die Originalbelege verlangen, erleben sie einen Perspektivwechsel: Die Wohnung ist nicht länger Privatsache, sondern Teil eines politischen Feldes. Genau hier passiert ein Umbruch: Wer sich zuerst mit seinen Nachbar*innen erfolgreich einen Teil der überhöhten Heizkostenabrechnung zurückgeholt hat, lässt sich eher auf die Frage ein, warum eigentlich Vonovia die 6-Prozent-Dividende sicher ist, während Lohn oder Rente nicht für eine neue Waschmaschine reichen. Gerade machen unsere Genoss*innen die ersten Erfahrungen der Organisierung ganzer Häuserreihen von Vonovia, bei denen demnächst Mieter*innenversammlungen stattfinden. In solchen Momenten kollektiver Erhebung kann das alte Bewusstsein aufbrechen und es eröffnet sich ein Fenster, in dem Menschen eine rasante Politisierung durchlaufen.

Dass mit einer Heizkostenabrechnung noch nicht die Wohnungsfrage im Kapitalismus gelöst ist, ist offenkundig. Um die Verhältnisse zum Tanzen zu bringen, bedarf es einer selbstbewussten Klasse, die sich erstens traut, die Eigentumsordnung in Frage zu stellen, und zweitens organisiert genug ist, ihre Forderungen durchzusetzen. In diesem Sinne sehen wir unsere Kampagne als einen Schritt uns als Mieter*innen im Kampf gegen die herrschenden Verhältnisse zu organisieren.
Unsere Annahme ist, dass wir als Linke in diesem Feld gerade viel gewinnen können. Wir

sind fast 5000 Mitglieder stark, haben aktive Strukturen im ganzen Stadtgebiet sowie Abgeordnete in Stadtrat, Land-, und Bundestag. Wenn wir es schaffen, diese Machthebel gemeinsam in Bewegung zu setzen und auch außerhalb eines Wahlkampfes an einem Strang ziehen, können wir in Leipzig und in Sachsen politische Lawinen auslösen.

Die Entscheidung für eine Kampagne als Stadtverband ist daher auch eine strategische Entscheidung: für einen gemeinsamen politischen Schwerpunkt und für eine gemeinsame Arbeitsweise. Die Orientierung auf ein gemeinsames Ziel hin stärkt unseren Verband, indem sie uns zwingt, die Arbeit unserer Strukturen zusammen zu denken. In der Koordinierung von Aktionen zwischen den Stadtbezirken, Arbeitsgemeinschaften, und zwischen der Parteibasis und der Fraktion müssen wir besser werden. Die Arbeit an einer gemeinsamen Kampagne kann wie ein Brennglas diese Strukturen miteinander verknüpfen und dazu beitragen, dass wir neue und nachhaltige Querverbindungen aufbauen. Mit der Fortführung organisierender Basisarbeit innerhalb unserer Partei sowie in unseren Nachbarschaften können wir den rasanten Zuwachs unserer Partei stabilisieren und als langfristige Machtressource erhalten.

Die Kampagne wurde im Spätfrühling ins Leben gerufen und konnte nur schwer vorausschauend von bereits aktiven Strukturen eingeplant werden. In der nächsten Kampagnenphase kommt es auf eine vorausschauende Planung an sowie auf eine Anpassung der bestehenden Entscheidungsstrukturen der Kampagne. Die Beteiligung an Entscheidung wollen wir noch breiter möglich machen, indem wir einen Kampagnenrat als mittlere Strukturebene einführen. Die Kampagnenkoordinierung bereitet die monatlichen Treffen des Kampagnenrats vor, in der dann Aktive aus verschiedensten Strukturen zusammenkommen, um die Kampagne weiter zu denken und in Schlüsselfragen Entscheidungen zu treffen. Wir ermutigen alle Genoss*innen, ob neu, oder schon viele Jahre organisiert, sich an der Kampagne zu beteiligen und an dem gemeinsamen Projekt mitzuwirken, eine kampagnenfähige und schlagkräftige Linke in Leipzig aufzubauen.

Wir verzahnen uns mit der bundesweiten Mietkampagne, die im Oktober vorgestellt wird. Wir wollen die Kampagne in die bundesweite Choreographie überführen. Dafür entsenden wir eine Delegation aus Interessierten Anfang Oktober nach Berlin zur Konferenz für eine bundesweite Mietkampagne in der Linken. Am 18. Oktober 2025 werden wir eine Basiskonferenz veranstalten, bei der wir dann den bisherigen Kampagnenverlauf auswerten und uns auf die Stoßrichtung der nächsten Kampagnenphase beschließen.

[1] https://gleft.de/6jE
[2] https://gleft.de/6jN

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

A9: Satzungsänderung Vertrauenspersonen

Einreichende: Stadtvorstand Die Linke Leipzig

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

1. Korrektur in § 7 Beratende Teilnehmende 2. von: „Vertrauenspersonen nach §27 dieser Satzung“ zu: „Vertrauenspersonen nach § 25 dieser Satzung“

2. Korrektur in § 14 Arbeitsweise des Stadtvorstands 6. von: „Vertrauenspersonen nach §27 der Satzung“ zu: „Vertrauenspersonen nach § 25 dieser Satzung“

3. Erweiterung § 25 Vertrauenspersonen 1.: „Sie ergänzen den Kreis an Vertrauenspersonen im Bund, in den Landesverbänden sowie Zusammenschlüssen und sind im Sinne unserer gültigen Leitfäden ausschließlich für die Unterstützung der Betroffenen da.“

Begründung:

Erfolgt mündlich.

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt:

A10: Barrierefreiheit ausbauen, Liebknecht-Haus und Hof weiterentwickeln

Einreichende: Stadtvorstand und Geschäftsstelle Die Linke Leipzig

Antrag:

Der Stadtparteitag möge beschließen:

- Der Stadtvorstand wird beauftragt, Planungen für eine Weiterentwicklung des Liebknecht-Hauses (Braustraße 15) vorzunehmen. Gegenstand davon soll die Prüfung der Realisierbarkeit eines barrierefreien Neubaus im Hinterhof des Liebknecht-Hauses sein. In diesem soll sich ein barrierefreier Versammlungsraum inkl. Sanitärbereich, Kochmöglichkeiten für unsere Küfas sowie ein ebenerdiger Lagerraum befinden.
- Für diese Planung werden 20.000 Euro im Haushaltsjahr 2026 eingeplant. Dafür sollen u. a. die regelmäßigen Spenden für das Haus sowie die in den letzten Jahren aufgebauten Rücklagen genutzt werden. Diese Haushaltsposten wurden bis 2024 in den Finanzplänen unter dem Punkt „Rekonstruktion Liebknecht-Haus“ ausgewiesen, aber bislang nicht genutzt.

Begründung:

Die Leipziger Linke verfügt mit dem Liebknecht-Haus seit fast drei Jahrzehnten über ein traditionsreiches, lebendiges und überregional bekanntes Domizil. Neben den Abgeordnetenbüros und der Fraktionsgeschäftsstelle im Neuen Rathaus sind wir damit mit einem linken Standort in zentraler Lage präsent, der aktuell auch komplett vermietet ist. Das Gebäude, welches wir 1998 gepachtet hatten, konnte 2007 durch uns gekauft werden. Dies war nur dank des großen Engagements Hunderter Parteimitglieder möglich. Mit ihrer finanziellen und persönlichen Hilfe konnten wir die Gesamtkosten für Grundstückserwerb, Sanierung und Ausbau in Höhe von 496.031,72 Euro aus eigener Kraft erbringen. Seitdem wird das Haus schrittweise weiter ertüchtigt. Nunmehr ist es aber an der Zeit für den nächsten größeren Schritt: Als moderne sozialistische Partei brauchen wir für die erfolgreiche Bewältigung der künftigen Herausforderungen die notwendige Infrastruktur. Damit alle Genossinnen und Genossen unser eigenes Gelände nutzen können, brauchen wir einen barrierefreien und multifunktionalen Veranstaltungsraum (inkl. barrierefreiem Sanitärbereich) sowie stabile und witterungsunabhängige Lagerräume. Ebenso soll damit den „Küche für alle“ (Küfa) Aktiven die Möglichkeit gegeben werden, das Liebknecht-Haus besser für ihre Aktivitäten nutzen zu können.

Unser Stadtverband ist in den letzten Jahren deutlich gewachsen und hat seine Mitgliederzahl mehr als verdreifacht. Gemeinsam wollen wir ihn organisatorisch und inhaltlich weiter gestalten. Auch infrastrukturell sollte die Leipziger Linke wachsen und damit den Ansprüchen der Zeit gerecht werden. Nutzen wir die Möglichkeiten, über die wir verfügen. Ja, zu mehr Versammlungsräumen und Barrierefreiheit!

Entscheidung des Stadtparteitages:

übernommen: angenommen: abgelehnt: